

Kinder und ihre Eltern – Eltern und ihre Kinder

Über das Aufwachsen und Erziehen im deutschen Asyl- und Aufenthaltssystem.
Von Janina Rost und Romo Schomerus

Man kann sich schon fragen, warum in diesem Heft zum Thema ‚Jung sein‘ ein Artikel zur Perspektive von Eltern erscheinen muss. Sind es nicht genau die Eltern, um die es sonst immer geht? Wollt ihr nicht genau deshalb die Perspektive der Kinder und Jugendlichen hier abbilden? Soll der Schwerpunkt nicht darauf liegen, die Kinder und Jugendlichen als eigenständige Personen mit eigenen Rechten und einer eigenen Perspektive anzuerkennen?

Ja, das stimmt.

Ausgehend von dieser Feststellung möchten wir aber die Frage stellen: Wer ermöglicht es uns eigentlich, jung zu sein? An wem orientieren wir uns? Wer gibt uns Halt und wer erlaubt es uns, Fehler zu machen? Die Eltern spielen im Leben von jungen Menschen eine zentrale Rolle.

In diesem Heft geht es viel um die Perspektive von geflüchteten jungen Menschen, die auf sich allein gestellt sind, die ohne Eltern in Deutschland angekommen sind. In der Fachöffentlichkeit liegt ein Schwerpunkt auf der Situation von unbegleitet eingereisten jungen Menschen, ihrer Familienzusammenführung und dann, falls erfolgreich, auch auf den nachgereisten Eltern.

Begleitete Kinder, Jugendliche und ihre Familien werden dagegen viel zu wenig beachtet.

Was ist mit den vielen jungen Menschen, die mit ihrer Familie und mit ihren Eltern geflüchtet sind? Wie erleben sie das Aufwachsen in Deutschland? Und welchen Blick haben die Eltern auf das Aufwachsen und Jungsein ihrer Kinder? Was bedeutet es für das Aufwachsen, wenn die eigenen Eltern in einem Asyl- und Aufenthaltssystem überleben müssen, das nicht darauf ausgerichtet ist, sie willkommen zu heißen und ihnen Stabilität und Perspektive zu bieten.

Das Projekt *Jugendhilfe macht's möglich!*? als Reaktion

Der *Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge* (BumF) hat Ende 2018 das Projekt *Jugendhilfe macht's möglich* gestartet, das sich mit der Frage auseinandersetzt, inwieweit die Kinder- und Jugendhilfe geflüchteten Familien Unterstützung anbieten kann und wie diese aussehen könnte. Wir wollten in der ersten Projektphase herausfinden, wie geflüchtete Eltern die Situation ihrer Kinder wahrnehmen, welche Bedarfe sie bei ihnen sehen und wie sie das Aufwachsen ihrer Kinder in diesem Asylsystem einschätzen.

Eine kurze Einordnung was wir bisher gemacht haben ...

... wir haben eine Reihe von kurzen Austauschrunden sowie drei ganztägige Workshops mit geflüchteten Eltern organisiert. Und sind in der Zusammenarbeit zu

zahlreichen Ergebnissen gekommen – mithilfe von Sprachmittlung in fünf Sprachen (Edo, Arabisch, Dari, Französisch, Tigrinya). Eines der Ergebnisse ist das Plakat, das diesem Magazin beiliegt. Es bietet einen Überblick über die Weite der angesprochenen Themen.

... wir haben zwei geflüchtete Familien begleitet. Eine unterstützten wir unter anderem dabei, das Sorgerecht für ihr Kind wiederzubekommen, welches mit rassistischer Begründung entzogen worden war. Wir konnten die drohende Abschiebung der anderen Familie verhindern und ihr Verbleiben in den stützenden familiären Netzwerken in Berlin durchsetzen.

Rechtliche Einordnung der Kinderrechte in Deutschland

Für unbegleitete Minderjährige hat die Kinder- und Jugendhilfe Vorrang für ihre Versorgung und Unterbringung. Auch begleitete Minderjährige haben ein Anrecht auf alle Angebote und Leistungen des SGBVIII (Sozialgesetzbuch) von Beginn an (§ 6 Abs. 4 SGB VIII). Die Kinderrechtskonvention (KRK) verbietet explizit die Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres beziehungsweise dem Status der Eltern und Familienangehörigen (Art. 2 KRK) und stattet geflüchtete Kinder und Jugendliche umfassend mit subjektiven Rechten aus. Auch im europäischen Asylsystem stellen Kinder eine schutzbedürftige Gruppe mit besonderen Rechten und Verfahrensgarantien dar (2013/33/EU & 2013/32/EU). Diese fundamentalen Rechte werden im deutschen Recht und im Alltag geflüchteter Kinder und Jugendlicher jedoch vielfach missachtet. Für sie wie ihre Eltern gilt das Asyl- und Aufenthaltsrecht: „Die Benachteiligung von Flüchtlingen in Deutschland wirkt sich besonders stark auf die Kinder aus.“ Dies wurde bereits 2014 in dem Bericht „In erster Linie Kinder“, den der BumF im Auftrag von UNICEF erstellte, festgehalten. Der Zugang zu notwendigen Unterstützungsangeboten der Kinder- und Jugendhilfe bleibt begleiteten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien vielerorts noch immer verwehrt beziehungsweise greift lediglich im Fall der Dokumentation von Kindeswohlgefährdungen.

Immer wieder wurde ihnen ihre Kompetenz als Eltern abgesprochen

„Kinderrechte [können] in Deutschland nicht in diesem Sinne als ‚universell‘ gelten (...), da die Kinderrechte geflüchteter Kinder als ‚spezielle Rechte‘ nationalstaatlichen migrations- und asylpolitischen Interessen untergeordnet werden.“

„Wir sind die Expert*innen für unsere Kinder“

Um uns der Frage zu nähern, welche Unterstützungsangebote geflüchtete Familien überhaupt benötigen, möchten wir die Perspektive der Eltern abbilden, mit denen wir gesprochen und zusammengearbeitet haben. Und zuvor klarstellen, dass es sich um keine repräsentative Umfrage handelt, sondern um das Feedback von circa 40 geflüchteten Eltern.

Viele der Familien lebten zum Zeitpunkt der Gespräche beziehungsweise Workshops noch in Großunterkünften. Einige wohnten in einer eigenen Wohnung, hatten aber zuvor gemeinsam mit ihren Kindern in Großunterkünften gelebt. Die meisten der Eltern waren in Berlin oder Brandenburg untergebracht, einige Eltern kamen aus Niedersachsen. Manche Eltern hatten bereits Erfahrungen mit dem Jugendamt, manche noch gar keine. Doch auch Sorgeberechtigte, Tanten und Onkel, Cousinen und Cousins nahmen an den Austauschrunden und Workshops teil. Die Inhalte und Gespräche waren geprägt von ihren gemeinsamen Erfahrungen: Flucht und Migration, den Erfahrungen in Deutschland und von dem größten Wunsch, ihren Kindern im Zielland eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Eltern gelten heutzutage als Expert*innen für ihre Kinder. Alle teilnehmenden Eltern formulierten aber, nicht als diese wahrgenommen zu werden. Immer wieder wurde ihnen ihre Kompetenz als Eltern abgesprochen. Sie machten die Erfahrung, nicht gefragt zu werden – zum Teil einfach nur, weil keine angemessene Sprachmittlung zur Verfügung stand. Ihre Erziehung wurde nach rassistischen Maßstäben bewertet und abgewertet, strukturelle Probleme wie Wohnungs- oder Arbeitslosigkeit wurden den Eltern als individuelles Versagen angelastet und gleichzeitig als Grund vorgeschoben, in die Erziehung einzugreifen oder sie gleich ganz zu unterbinden.

Besonders alltagsrelevante Themen wie Arbeit, Aufenthalt, Wohnen und Bildung sowie das Erfahren von Diskriminierung, waren für alle maßgeblich. Vor allem die Wohnungssuche war auf Grund der in der Regel nicht kindgemäßen Unterbringung in Großunterkünften ein wichtiges Thema. Aber auch die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen oder die Suche nach Kitaplätzen beschäftigten alle Eltern. Allem übergeordnet berichteten sie von Diskriminierungen im Zusammenhang mit Behördengängen und im Umgang mit Bildungseinrichtungen. Viele Eltern haben dargestellt, wie sie selbst täglich mit Diskriminierung konfrontiert sind. Vor allem aber haben sie einen Schwerpunkt darauf gelegt, dass ihre Kinder in Schulen und Behörden regelmäßig rassistischen Äußerungen und Übergriffen ausgesetzt sind.

Diese Probleme und Bedarfe, die aus strukturellen Gründen bestehen, standen immer an erster Stelle. Sobald diese aber besprochen und als solche benannt werden konnten, war es möglich, über die konkreten Bedarfe der Kinder, wie zum Beispiel eine logopädische Behandlung oder Unterstützung bei Hausaufgaben, zu sprechen.

Bei der Frage, wie und wo man diese Unterstützung am besten erhalten kann, gab es große Zurückhaltung. Ausgehend von verschiedenen Erfahrungen mit deutschen Behörden haben die Eltern ein großes Misstrauen in mögliche Unterstützungssysteme formuliert. Daran anknüpfend haben sie von einer großen Angst vor dem Jugendamt erzählt. Einige Eltern konnten direkt aus eigenen Erfahrungen berichten. Bei anderen rührte die Angst aus Erzählungen und Erlebnissen im Bekanntenkreis und in der eigenen Community.

„Ich habe eigentlich die Vaterrolle übernommen“

Selbsteinschätzung eines jungen Mannes über die Zeit, in der er als 13-Jähriger nach Deutschland geflüchtet ist.

Aus der Arbeit mit geflüchteten jungen Menschen kennen wir es, dass die jungen Menschen für ihre Eltern und Familien schnell und früh die Verantwortung in bestimmten Bereichen übernehmen müssen. Das ist ein wichtiges Thema in der Arbeit mit geflüchteten jungen Menschen, deren Eltern im Wege von Familienzusammenführung nachgereist sind oder

die aus anderen Gründen später als ihre Kinder in Deutschland ankommen.

In der Onlineumfrage des BumF 2019 unter Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe wurde dies explizit für die Situation in geflüchteten Familien benannt: "[Es] wird berichtet von der überfordernden Verantwortung, die Kindern und Jugendlichen durch den schnellen Erwerb der deutschen Sprache und der somit entstehenden Rolle der Sprachmittlung zukomme. Fehlzeiten in der Schule aufgrund von Behördengängen sowie innere Konflikte seitens der Jugendlichen seien Konsequenzen."

Diese Rollenverschiebung kann insbesondere problematisch sein, da Kinder und Jugendliche „in oder nach Belastungssituationen (...) in der Regel ihre direkten Bezugspersonen auf[suchen]. Doch oft haben auch diese Bezugspersonen, also ihre Eltern, Verwandte oder Freund*innen, mit

prekärer Lebenssituation, Isolation, Unsicherheit und der damit einhergehenden Destabilisierung zu kämpfen.“

Für die Eltern, kann das aber auch einen Verlust ihrer Elternrolle bedeuten. Häufig verstärkt das Asyl- und Aufenthaltssystem, welches jegliche Perspektiven nimmt und gänzlich die Kompetenz der Eltern infrage stellt, diesen Verlust: „Aus einer ‚paternalistischen Mitleidshaltung‘ heraus werden Erwachsene (...) als unfähig beschrieben, um ihrer (Erziehungs-) Verantwortung ihren Kindern gegenüber gerecht zu werden.“

Ein strukturelles Problem

Rassismus in der Jugendhilfe, prekärer Aufenthalt, Abschiebung und die Abschiebungsbedrohung, Angst vor dem Jugendamt und die nicht kindgemäße Unterbringung in Großunterkünften, haben sich im Laufe des Projektes als besonders relevante Themen herauskristallisiert.

So zeigte sich in einigen Fällen, dass die Erziehungskompetenz der Eltern durch beteiligte Lehr- und Fachkräfte aufgrund von rassistischen Haltungen sowie in Unkenntnis über die Lebenssituation in Großunterkünften infrage gestellt wurde. Dies führte zu massiven Beeinträchtigungen des Alltags für Kinder und Familie und zu teilweise unrechtmäßigen Maßnahmen, gegen die sich die betroffenen Eltern nur schwer zur Wehr setzen konnten. In der alltäglichen

Sie haben von einer großen Angst vor dem Jugendamt erzählt

Arbeit des BumF wurde außerdem deutlich, wie prekäre Aufenthaltssituationen einerseits und Abschiebungen andererseits massiv kindeswohlfeindliche Auswirkungen haben. In diesen Situationen haben sich Behördenmitarbeiter*innen durch ihr Handeln über bestehende Jugendhilfemaßnahmen oder Bedarfe hinweggesetzt.

In der Realität sehen wir uns mit einer Situation konfrontiert, in der von staatlicher Seite eine potenzielle Kindeswohlgefährdung herbeigeführt wird und ein kindgerechtes Aufwachsen kaum möglich ist. Und am Ende wird genau diesen geflüchteten Eltern die Verantwortung für die katastrophale Situation zugeschoben, in welcher sie mit ihren Kindern leben müssen. Dies passiert in vielen professionellen Kontexten, wie zum Beispiel in Gesundheitseinrichtungen, in Bildungseinrichtungen und bei Trägern der Jugend- und Familienhilfe. Dies stellt sich insbesondere dann als besonders schwierig dar, wenn die Eltern alleinerziehend und/oder auch psychisch oder physisch erkrankt waren und es so zu einer Mehrfachdiskriminierung der Familien kam.

Wenn wir geflüchtete Kinder und Jugendliche unterstützen wollen, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass der Alltag geprägt ist durch die Lebenssituation der Eltern: die Einschränkungen, die das Asyl- und Aufenthaltsrecht mit sich bringen. Migrationspolitische Entscheidungen haben massiv Einfluss auf das Leben der jungen Menschen. Rassistische Vorurteile und Unkenntnis über die Umstände führen zu einem erneuten Ausschluss und verfestigen die Isolation. Es zeigt sich, dass jene Ausschlussmechanismen in mehrdimensionaler Weise zu Lasten der Kinder gehen.

Eltern, die an den Veranstaltungen teilgenommen haben, formulierten die folgenden Forderungen: Aufenthalt für in Deutschland geborene Kinder, erfolgreiche Familienzusammenführung, spezifische und bedürfnisorientierte Begleitung und Unterstützung beispielsweise für alleinerziehende Mütter durch Kinderbetreuung und im Fall von struktureller Diskriminierung, auf dem Wohnungsmarkt und in Behörden.

Nur eine Kinder- und Jugendhilfe, die hier ansetzt, bei der konkreten Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen, kann die Unterstützung geben, die benötigt wird.

Offene Fragen

Aber es blieben bei uns auch offenen Fragen zurück. Wir möchten diese nutzen, um eine Diskussion anzustoßen und die Perspektiven zu erweitern:

Wie können niedrigschwellige Angebote etabliert werden, ohne den angstbesetzten Kontakt zum Jugendamt zur Bedingung zu machen?

Wie kann gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche gemäß ihren Kinderrechten aufwachsen können, solange den Eltern grundlegende Menschenrechte verwehrt bleiben?

Wie und wo können Eltern benötigte Unterstützung bekommen, wenn sie möglicherweise konfrontiert sind mit Diskriminierung durch die Unterstützungssysteme?

Inwiefern ist die Kinder- und Jugendhilfe in der Lage, die Benachteiligungen und Ausgrenzungen, die durch das Asyl- und Aufenthaltssystem entstehen, aufzufangen?<

Janina Rost *arbeitet seit 5 Jahren hauptamtlich beim BumF, derzeit im Projekt Jugendhilfe macht's möglich, ist Aktivistin und Mutter.*

Romo Schomerus *macht 2020 ein Praktikum beim BumF und studiert Politikwissenschaften in Kassel.*

Dieser Artikel ist im Rahmen des BumF-Projektes Jugendhilfe macht's möglich?! entstanden. Dieses Projekt wird durch die Aktion Mensch und die EKD - Evangelische Kirche in Deutschland gefördert.